IG Metall
Bezirk Berlin-
Brandenburg-
Sachsen

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 02. November 2026
Nr. 68/2026

Stahl: IG Metall fordert fünf Prozent für ostdeutsche Beschäftigte

Die IG Metall fordert für die ostdeutsche Stahlindustrie eine Erhöhung der Entgelte um fünf Prozent für zwölf Monate. Zudem will sie in den Tarifverhandlungen eine deutliche Anhebung der Ausbildungsvergütungen durch eine Angleichung an das Niveau in der Metall- und Elektroindustrie durchsetzen. Diese Forderungsempfehlung hat heute die Tarifkommission beschlossen.

Jan Otto, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen: „Die Beschäftigten brauchen nach den massiven Preissteigerungen eine deutliche Erhöhung ihrer monatlichen Entgelte. Jeden Tag spüren die Kolleginnen und Kollegen beim Einkaufen, bei der Miete oder beim Tanken, wie rasant ihre Kaufkraft durch die Inflation schrumpft. Allein dafür ist ein Ausgleich durch eine tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte unverzichtbar. Das können die Unternehmen sich auch leisten. Die Wirtschaft insgesamt hat sich stabilisiert, durchweg haben die Institute ihre Wachstumsprognosen angehoben. Ganz wichtig ist zudem, in dieser Tarifrunde die Bedingungen für die Auszubildenden spürbar zu verbessern. Der Stahl muss wieder attraktiver werden für junge Leute und darf nicht länger bei den Ausbildungsvergütungen hinter der Metall- und Elektroindustrie zurückbleiben.“

Die Forderung im Überblick:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um fünf Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Angleichung der Ausbildungsvergütungen an das regionale Niveau in der Metall- und Elektroindustrie, mindestens aber an den Standard in der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen
- Verlängerung der Tarifverträge unter anderem zu Beschäftigungssicherung und Arbeitszeitkonten und zu Werkverträgen.

Der Vorstand der IG Metall wird diese Forderung endgültig am 09. November beschließen. Die Tarifverhandlungen für die ostdeutsche Stahlindustrie beginnen Mitte

Herausgegeben von der Pressestelle der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen
Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon: 030 25 37 50 45, markus.sievers@igmetall.de, **www.igmetall-bbs.de**

Dezember. In der Stahlindustrie endet die Friedenspflicht am 31. Dezember 2026. Von dem 1. Januar 2027 an sind Warnstreiks möglich.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82

Herausgegeben von der Pressestelle der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen
Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon: 030 25 37 50 45, markus.sievers@igmetall.de, **www.igmetall-bbs.de**